

Das HiBs-Team aus dem Niedersächsischen Landtag geht zum dritten Mal in seine alljährliche HiBs-Sommertour

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Leserinnen und Leser,

in diesem Sommer jährt sich nunmehr bereits zum dritten Mal die alljährliche Sommertour der Abgeordnetengemeinschaft aus dem südniedersächsischen Raum, unserem sog. „HiBs-Team“.

Auch in diesem Jahr möchten wir auf unserer mehrtägigen Rundreise durch den südlichen Teil unseres schönen Niedersachsens einen Eindruck von der aktuellen Situation in unseren jeweiligen Wahl- und Partnerwahlkreisen bekommen, wieder kleine und große Firmen und Einrichtungen vor Ort besuchen und uns anhören, was unsere Unternehmer, vor allem aber die Menschen an sich in unserer Region bewegt und was wir ggf. für sie bewegen können.

Wir, die sieben Landtagsabgeordneten innerhalb der CDU-Fraktion, bilden das sog. „HiBs-Team“. „HiBs“ steht hierbei für die Regionen Hildesheim und Braunschweig. Als Abgeordnete unserer Regionen machen wir uns im Landtag in Hannover gemeinsam für die Interessen der gesamten Region Südniedersachsen stark.

Die diesjährige Sommertour wird jedoch, genau wie der Alltag der meisten Menschen in unserem Bundesland, im Zeichen der Corona-Pandemie stehen. Nicht nur, dass viele Firmen und Menschen durch die besonderen Umstände in diesem Jahr spürbare Einschnitte werden

verkräften müssen, auch der Dialog und das diesjährige Format der HiBs-Sommertour wird sich nach den bestehenden Regeln ausrichten müssen. Doch hier, ebenso wie in der Vertretung im Landtag, werden wir unser Möglichstes tun, um unsere Region und die Menschen voranzubringen und werden mit gutem Beispiel vorangehen.

Die folgenden sieben Abgeordneten vertreten Süd- und Südostniedersachsen im Landtag in Hannover:

Thomas Ehbrecht (MdL), Duderstadt

Laura Hopmann (MdL), Hildesheim

Uwe Schünemann (MdL), Holzminden

Veronika Koch (MdL), Helmstedt

Frank Oesterhelweg (MdL), Wolfenbüttel

Christoph Plett (MdL), Peine

Oliver Schatta (MdL), Braunschweig

Dies erst einmal vorab. Nähere Informationen zur Sommertour erfolgen in einem gesonderten Newsletter gemeinsam mit dem Sonderplenum Mitte Juli.



Das HiBs-Team informiert:

Frank Oesterhelweg: Erinnerung an die Grenze durch Deutschland und Europa



Unterwegs im Bereich Wülperode/Lochtum/Abbenrode mit Mitgliedern des Grenzerkreises Abbenrode, dem ehemalige „Grenzer“ und Zollbeamte von beiden Seiten der ehemaligen innerdeutschen Grenze angehören. Beeindruckend, mit welchem persönlichen Engagement hier an unsere Geschichte erinnert wird! Absolut sehenswert ist auch das Heimatmuseum in Abbenrode (Sachsen-Anhalt), besonders das detailgenaue Grenzmodell und die Fachwerkmodelle haben mich fasziniert. Ich setze mich mit den Grenzern für den Ausbau der Informationen an der ehemaligen Grenze ein.



Uwe Schünemann: Müssen das Strafrecht verschärfen, Kindesmissbrauch ist ein Verbrechen

Die schweren Fälle von Kindesmissbrauch in der letzten Zeit, egal ob in Lügde/HamelN-Pyrmont, in Münster oder jetzt in Bergisch-Gladbach, zeigen, dass wir bei diesem schrecklichen Thema sehr scharf hinsehen müssen. Die Täter müssen wissen, dass wir sie finden und bestrafen werden. Kindesmissbrauch ist ein Verbrechen und muss auch so bestraft werden. Daher wollen wir eine Verschärfung des Strafrechts an dieser Stelle.

Die Mindeststrafe für Verbreitung, Erwerb und Besitz von kinderpornografischen Material ist auf ein Jahr und die maximale Höchststrafe für Kindesmissbrauch auf 10 Jahre anzuheben. Mitwisserschaft von Kindesmissbrauch muss unter Strafe gestellt werden.

Nach anfänglicher Blockade der Bundesjustizministerin wird jetzt ein entsprechender Gesetzentwurf auf Bundesebene vorgelegt. Justizministerin Barbara Havlitzka hat dafür erfolgreich gekämpft.

Zudem sollen deutsche Internet-Provider künftig verpflichtet werden, Verdachtsfälle von Kindesmissbrauch zu melden.

Überfällig ist eine IP-

Vorratsdatenspeicherung: Allein 2017 konnten laut Angaben des BKA 8400 Verdachtsfälle nicht aufgeklärt werden, weil die IP-Adressen und Portnummern bereits gelöscht waren. Die Ermittlungsbehörden dürfen zukünftig bei der Täterermittlung nicht mehr in Leere greifen, weil die Gesetzeslage nicht passt.

Die Streichung des Straftatbestandes des Kindesmissbrauchs aus dem Führungszeugnis muss unterbleiben. Immer wieder kommt es vor, dass Täter Berufe ausüben, in denen sie Kontakt zu Kindern haben. Das müssen wir verhindern.

Der Landtag wird einen Sonderausschuss „Kinderschutz“ einsetzen, um die Versäumnisse der Behörden aufzuarbeiten und ein Maßnahmenpaket zur Prävention zu erstellen.

Angesicht der abscheulichen Straftaten dürfen wir uns nicht angewidert abwenden, sondern müssen uns den Kindern zuwenden und endlich handeln. Wir müssen alles tun, um die Kinder vor diesem Martyrium zu bewahren.

Uwe Schönemann: 7 Mio. € für den Sport zur Überwindung der Corona-Krise



Der 2. Nachtragshaushalt des Landes Niedersachsen wird am 15. Juli 2020 in einer Sondersitzung des Landtages verabschiedet. Der Entwurf sieht u.a. auch 7 Mio. € für Sportorganisationen vor, die durch die Covid-19-Pandemie in ihrer Existenz bedroht sind.

Die Antragsabwicklung wird über den Landessportbund erfolgen. Die Mittel stehen zur Überwindung eines Liquiditätsengpasses zur Verfügung, der entsprechend nachgewiesen werden muss.

Durch die Veröffentlichung einer neuen Corona-Verordnung sind Fußballspiele und anderer Kontaktsport wieder möglich. So hat die Landesregierung Sport in festen Kleingruppen von nicht mehr als 30 Personen» vom 6. Juli an wieder zugelassen. Auf dieses Signal haben auch viele Sportvereine gewartet.

Voraussetzung ist allerdings die Erfassung der Kontaktdaten aller Beteiligten. Dadurch sollen mögliche Infektionsketten nachvollzogen werden können. Zuschauer sind beim Breitensport im Freien zugelassen. Dabei muss der eineinhalb Meter Abstand zu Menschen aus einem anderen Hausstand eingehalten werden.

Frank Oesterhelweg: Unterstützung für von Corona besonders betroffene Unternehmen



„Night of Light“ am Schmidt Terminal in Wolfenbüttel. Dirk Flemmig informierte über die großen, ja existenziellen Sorgen der Veranstaltungsbranche, die extrem unter den Corona-Folgen zu leiden hat. Klar ist: Die Branche braucht direkte Hilfen, klare Perspektiven und belastbare Regeln für das Hochfahren von Veranstaltungen aller Art! Bei einem Besuch mit Finanzminister Reinhold Hilbers bei unserem

Reiseunternehmen „DER SCHMIDT“ machten die Wolfenbütteler Geschäftsführer Wilhelm und Georg Schmidt machten die schwierige Lage in der Tourismuswirtschaft deutlich. Klar ist für mich: Ohne direkte Hilfen geht es auch hier nicht. Ebenso wie die Gastronomie und beispielsweise Einrichtungen mit Tagungs- und Beherbergungsbetrieb werden wir uns hier kümmern. Ebenso klar: Im Interesse der Wettbewerbsgleichheit müssen die Regelungen in den Bundesländern besser auf- und miteinander abgestimmt werden - dafür setze ich mich ein.



Laura Hopmann: Verbesserung der Situation für Hebammen durch Hebammen-Zentralen weiter vorantreiben!

Derzeit sind Arbeitsbedingungen und auch die Bezahlung von Pflegekräften in den Fokus der öffentlichen Debatte gerückt. Nun muss sich auch an der Situation für Hebammen etwas ändern. Zwar wurde die Akademisierung der Hebammen-Ausbildung beschlossen, welcher mittel- bis langfristig zu mehr Hebammen im Dienst führen werde, allerdings bedarf es ein Instrument, das jetzt sofort dem akuten Mangel entgegenwirkt. Aus diesem Grund plädiert Laura Hopmann, CDU-Landtagsabgeordnete aus Hildesheim, für die Errichtung von sogenannten

Hebammen-Zentralen in allen Landkreisen in Niedersachsen.

Die Pläne von Sozialministerin Reimann, eine zentrale Hebammen-Koordinierungsstelle aufzubauen, hält Hopmann für den falschen Weg. Sie möchte diese Art von Vermittlungszentralen lieber dezentral in jedem Landkreis, so wie es bereits in Leer oder dem Emsland praktiziert wird. Hopmann sieht nun das Land in der Pflicht, hier die flächendeckende Versorgung mit einer solchen Verwaltungseinheit zu erzielen. Finanziert werden sollten die benötigten Stellen teilweise vom Land, von den Kommunen selbst und auch über die Krankenkassen, sagt die CDU-Politikerin.

In den Landkreisverwaltungen werde zurzeit ohnehin schon einmal pro Jahr der Aus- und Fortbildungsstand der Hebammen und deren Leistungskatalog erhoben. Mit ein oder zwei zusätzlichen Vollzeitstellen könnte dafür gesorgt werden, dass auch Termine vermittelt werden, ohne dass die Schwangere eine lange Liste von Telefonnummern abtelefonieren muss.

Die Hebammen-Zentrale wäre nicht nur eine ressourcenarme Initiative, sagt Hopmann, sondern würde neben den Vorteilen für die werdenden Mütter auch die Hebammen unterstützen. So könnte über die Zentrale etwa auch eine Vertretung im Krankheits- oder Urlaubsfall zügig gefunden werden. Den freiberuflichen Hebammen nähme das eine Menge unternehmerischen Aufwand, so Hopmann.

Frank Oesterhelweg: CDU-Abgeordnete sprachen mit Vertretern der Landwirtschaft



Eine muntere und informative Gesprächsrunde fand im CDU-Fraktionssaal statt: Die HiBs-Abgeordneten hatten Vertreter der Landwirtschaft aus Süd- und Südostniedersachsen eingeladen, um über die Düngerrichtlinie und andere agrar- und umweltpolitischen Themen zu sprechen. Kompetente Gesprächspartner waren Staatssekretär Prof. Dr. Ludwig Theuvsen und Albert Stegemann MdB. Am Ende stand fest: Wir bleiben im Gespräch!

Frank Oesterhelweg: Bodenschutz beim Bau von Kabeltrassen



Besichtigung der Erdkabeltrasse Wahle-Mecklar im Norden der Samtgemeinde Baddeckenstedt in der Verantwortung von Tennet. Mit dabei: Ingenieurbüro Dr. Geries, Vertreter von Landwirtschaftskammer, Nds. Landvolk und betroffene Landwirte. Die Begutachtung der verschiedenen Bauphasen hat uns einen guten Überblick

über die Komplexität des Projekts verschafft. Vor allem die großen Bemühungen für den Bodenschutz sind beispielhaft und sorgen für Vertrauen bei den Flächeneigentümern.



Thomas Ehbrecht: Städtebauförderprogramm für Niedersachsens Städte und Gemeinden - auch die Kommunen im WK-15 Duderstadt profitieren in Höhe von 650.000 EUR

Niedersachsen fördert über das Städtebauförderungsprogramm 2020 die Kommunen. Damit unterstützt das Land dieses Jahr insgesamt 202 Fördermaßnahmen der Kommunen mit 121,652 Millionen Euro aus der Städtebauförderung. Zusammen mit dem kommunalen Eigenanteil und den sogenannten zweckgebundenen Einnahmen können damit Investitionen in Höhe von rund 178,5 Millionen Euro umgesetzt werden. „Die Landesregierung steht auch in der aktuellen Situation an der Seite der Kommunen und der Bauwirtschaft. Gerade in dieser schwierigen Phase ist die Bauwirtschaft ein wichtiger Konjunkturmotor. Mit der Städtebauförderung setzen wir zudem ein Zeichen für Solidarität und Zusammenhalt. Wir sind als Land ein verlässlicher Partner“, so Bauminister Olaf Lies. Das sieht auch der Landtagsabgeordnete Thomas Ehbrecht aus dem Wahlkreis 15

Duderstadt als Mitglied im wichtigen Wirtschaftsausschuss des Landes Niedersachsen. Die ländlichen Gebiete stehen im Focus der Landesregierung und als Abgeordneter des ländlichen Raumes habe ich immer ein Auge darauf, dass das auch so bleibt und sich noch verbessert. Nicht nur die wichtige Digitalisierung - auch das touristische Angebot und natürlich die ärztliche Versorgung müssen stimmen.

Ehbrecht freut sich über die Zusagen in Höhe von 650.000 EUR in seinen Wahlkreis Duderstadt, davon sind auf die Anträge verteilt 190.000 EUR in die Samtgemeinde Gieboldehausen, 60.000 EUR Gemeinden Friedland-Gleichen-Rosdorf und 400.000 EUR für die Innenstadt Duderstadt.

Beginnend mit dem Programmjahr 2020 ist es zudem gelungen, aus den bisherigen sechs Programmen der Städtebauförderung drei neue Programme zu entwickeln: Lebendige Zentren, Sozialer Zusammenhalt sowie Wachstum und nachhaltige Erneuerung. „Weniger Programme bedeuten mehr Flexibilität für alle Beteiligten, wenn es um die Erneuerung der ländlichen und städtischen Infrastrukturen für unsere Bürgerinnen und Bürger geht“, so Lies.

Neu hinzugekommen ist die Fördervoraussetzung von Maßnahmen des Klimaschutzes bzw. zur Anpassung an den Klimawandel, insbesondere durch Verbesserung der grünen Infrastruktur. Lies: „Diese Akzentuierung ist mir als Klima- und Umweltminister natürlich sehr wichtig. Wir müssen die Folgen des Klimawandels bei allen Investitionen in den Städtebau mitdenken. Grüne Infrastruktur wird damit ein ganz zentrales Element im Städtebau.“

Im Programmjahr 2020 werden 13 Maßnahmen neu in das Städtebauförderungsprogramm aufgenommen. Vier weitere, ursprünglich neu angemeldete Gebiete konnten zudem aufgrund der Vereinfachung der neuen Programmstruktur durch Zusammenlegung oder als Erweiterungsgebiet laufender Maßnahmen zusätzlich in die Förderung einbezogen werden. Besonders finanzschwache Gemeinden konnten dadurch entlastet werden, dass der kommunale Eigenanteil an den förderfähigen Kosten auf zehn Prozent gesenkt wurde. „Damit schaffen wir trotz der zum Teil sehr schwierigen Haushaltssituation die Möglichkeit, nachhaltige Investitionen zur Verbesserung der Lebensqualität und Attraktivität umzusetzen.“

Frank Oesterhelweg: Politik und den politischen Alltag einmal anders darstellen ...



... locker, selbst-/ironisch, mit etwas Humor, trotzdem mit Botschaft und informativ - das versuche ich mit meinen Cartoons. Comiczeichner Tobias Wagner

hat sechs wunderbare Motive umgesetzt, Kalle Döring bei Gestaltung und Texten mitgewirkt - die Zusammenarbeit war super! Die Kritiken zahlreicher Freunde waren bisher durchweg positiv, was bei solch' eher ungewöhnlichen Aktionen nicht selbstverständlich ist. Verrissen hat mich dagegen ein Schreiber unserer Braunschweiger Zeitung, aber wenigstens hat er meinen Namen richtig geschrieben! Vielleicht hätte er vorher mal mit mir sprechen sollen. Aber Achtung: Wer ohnehin zum Lachen in den Keller geht, der sollte sich eine andere Lektüre suchen. Ich werde Ihnen die Cartoons in den nächsten Newslettern vorstellen.



Thomas Ehbrecht: Gemeinsames durch das Landvolk initiierte Treffen zur schwierigen Lage

Bei einem gemeinsamen Treffen mit den Landtagsabgeordneten machte der Landvolk-Vizepräsident Jörn Ehlers deutlich, dass bei der Verteilung des Notfallfonds für die Erwachsenenbildung und bei der Schnürung zukünftiger Corona-Hilfspakete ein besonderes Augenmerk auf

die 23 Heimvolkshochschulen (HVHS) in Niedersachsen gelegt werden muss. Dabei erklärte er, dass HVHS nicht nur als Bildungsstätten, sondern auch als Hotel und Gastronomie fungieren, denen durch die Corona-Einschränkungen ebenfalls sämtliche Einnahmen weggebrochen sind

Das Landvolk Niedersachsen hatte als einer der Hauptträger der drei ländlichen HVHS Landespolitiker von CDU und SPD sowie Vertreter der Stadt Goslar kurzfristig nach Goslar ins Bildungshaus Zeppelin & Steinberg eingeladen, um gemeinsam mit dem Niedersächsischen Landesverband der HVHS vor Ort über die coronabedingte prekäre finanzielle Lage der Bildungshäuser zu informieren. Die Landtagsabgeordneten Dr. Alexander Saipa (SPD) und Thomas Ehbrecht (CDU) vertraten ihre agrarpolitischen Kollegen Karin Logemann bzw. Helmut Dammann-Tamke. „Wenn die Gelder aus dem Notfallfonds verteilt werden und wir damit unsere Verluste nicht ausgleichen können, dann ist hier und in weiteren 22 HVHS Feierabend“, beschreibt Ehlers als Vorsitzender des Bildungsausschusses im Landvolk die Lage. Daher ist die Verteilung des 5,5 Millionen Euro Notfallfonds der Landesregierung entscheidend. „Im Gegensatz zu Bildungseinrichtungen ohne Unterbringung und Verpflegung haben wir hohe Fixkosten und mehr fest angestelltes Personal“, zeigen Daseking und Eifling am Beispiel ihres Hauses mit 35 Mitarbeitern, davon sieben Vollzeitkräfte, auf. Beim Kurzarbeitergeld ist das Haus in Vorleistung gegangen, es gab bislang kein Geld vom Arbeitsamt. HVHS agieren als gemeinnützige Vereine, dürfen kaum Rücklagen bilden und so haben die Fixkosten von monatlich ca. 85.000 Euro die finanziellen Mittel aufgebraucht. „Wir

haben eine gute Perspektive und brauchen die Hilfe nur, um eine „Schwarze Null“ zu erreichen. Das vergangene Jahr war das Beste in unserem 70-jährigen Bestehen, dieses Jahr hätten wir es getoppt“, sagen Daseking und Eifling und hoffen auf positive Rückmeldung.

Frank Oesterhelweg: Kluge Köpfe in Deutschland halten



Gemeinsam mit den anderen drei Braunschweiger Kollegen Veronika Koch, Christoph Plett und Oliver Schatta hatten wir unsere Europaabgeordnete Lena Düpont zu Gast in Wolfenbüttel. Dort sprachen wir mit Ostfalia-Vizepräsident Prof. Dr.-Ing. Gert Bikker und Prof. Dr. Asghari über Forschung und Lehre, den Wettbewerb mit Asien und den USA, die digitalen Global Player und die Frage, wie wir die klügsten Köpfe in Deutschland und Europa halten und Ideen und Erkenntnisse für Gesellschaft und Wirtschaft nutzen können.

Veronika Koch: Persönlicher Einsatz von Minister Björn Thümler ist herausragend

Das Schöninger Speere-Museum paläon wird auf eine neue Basis gestellt. Wie Wissenschaftsminister Björn Thümler in der Plenarwoche gegenüber den lokalen Landtagsabgeordneten erläuterte, wird mit einem neuen Forschungs- und Tourismuskonzept die Attraktivität der einzigartigen Sammlung ausgebaut

werden. „Das paläon ist international sehr beachtet und wir wollen mit einem neuen Projekt mehr Leute nach Schöningen bringen. Äußerlich wird sich an der Hülle nicht viel verändern, aber innen werden wir die Sensationen zum Leuchten bringen“, fokussierte Thümler während des Gesprächs im Niedersächsischen Landtag.

Konkret soll der Forschungs- und Museumsbetrieb durch die renommierte Senckenberg-Stiftung übernommen werden, die schon jetzt bei der wissenschaftlichen Aufbereitung der immer wieder neu auftauchenden Sensationsfunde vor Ort eingebunden ist. Besucherinnen und Besucher sollen den Forschergeist hautnah miterleben und dadurch angelockt und begeistert werden. „Auf so einmalige Art und Weise werden Erlebnis und Wissensvermittlung eng miteinander verbunden bleiben. Auch bleiben archäologische Ausgrabung und wissenschaftliche Auswertung am Fundort lokal verbunden. Das wird kaum ein Museum in dieser Form bieten können“, hob dann die Helmstedter Landtagsabgeordnete Veronika Koch hervor.

In diesem Zusammenhang lobte sie das persönliche Engagement des Wissenschaftsministers. „Der große Einsatz von Björn Thümler ist wirklich herausragend. Sein Ziel, das paläon als UNESCO-Weltkulturerbe anerkennen zu lassen, unterstützen wir alle hier voll und ganz. Ich bin mir sicher, dass wir mit ihm als Initiator dafür eine große Chance haben werden.“ Tatsächlich eröffnete der Minister den Landtagsabgeordneten seine Pläne für eine Weltkulturerbe-Zertifizierung. Dafür brauche man die Expertise der Partner wie Senckenberg und aus der gesamten

Landesverwaltung, die über das Landesamt für Denkmalpflege als Trägerin bereitgestellt wird. Auch weitere Partner wie der Landkreis Helmstedt und die Stadt Schöningen sind eng eingebunden und wollen zur Attraktivitätssteigerung des paläons mit ganzer Kraft beitragen.

Zum Abschluss des Austauschs mit dem Minister legte dieser noch einen drauf und nannte das „Eden Project“ im südwestenglischen Cornwall als leuchtendes Beispiel. Dort sei es mit einer geschickten Projektplanung und Förderungen aus der Kohlenachnutzung gelungen, eine ehemalige Tongrube zu einem Klimazonen-Erlebnisort mit starken Besucherzahlen zu verwandeln. Besucher können hier von den gemäßigten Zonen bis zu den Tropen die unterschiedlichen Klimazonen durchschreiten und erleben. Die Parallele zu Schöningen ist, dass mit dem erschlossenen Braunkohletagebau ein ganzes Klimaarchiv freigelegt wurde. Mit den Erkenntnissen zum Klimawandel würde man erst am Anfang stehen, doch das neue paläon könnte einen enormen Schub für die Wissensvermittlung zum Klimawandel bewirken. Gerade deshalb könne Niedersachsen eine vordere Rolle bei der Erforschung des heutigen Klimawandels einnehmen und es könnten dafür Bundesmittel eingesetzt werden.



Oliver Schatta: Die Kaufprämie als Unterstützung für die Zulieferer und Dienstleister der Automobilindustrie

Die Braunschweiger Region lebt im großen Umfang von der Automobilindustrie mit samt Zulieferern und Dienstleistern inkl. Händlern - die Werke in Wolfsburg, Braunschweig und Salzgitter zeugen davon.

In Salzgitter steht das größte Motorenwerk Europas mit etwa 6000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Es ist ein Fehler, eine Leitbranche wie die Automobilindustrie nicht zu fördern.

In den ersten vier Monaten dieses Jahres sind die Aufträge in der Automobilbranche um 32 % zurückgegangen, die Inlandsnachfrage brach im April 2020 sogar um 70 % ein.

2019 lag der Anteil der Elektroautos an den Neuzulassungen bei 3 %, Daimler z.B. verkaufte im selben Jahr 2,3 Millionen Fahrzeuge, davon nur 2 % mit elektrischem Antrieb.

Moderne Dieselmotoren (Euro 6D-Temp) haben einen um ca. 50 % geringeren Stickoxidausstoß, die Kohlendioxidemissionen sind bei Dieselfahrzeugen ohnehin gering. Auf den deutschen Straßen fahren 20 Millionen Autos mit Motoren der Schadstoffklasse Euro 4 oder darunter - eine Flottenerneuerung durch moderne Verbrennerfahrzeuge hat somit erhebliche klimaschonende Effekte.

Mit einer Kaufprämie werden nicht vornehmlich die großen Automobilproduzenten unterstützt, sondern in erster Linie die Zulieferer und Dienstleister der Automobilindustrie.

80 % der Wertschöpfung in der Automobilindustrie wird von Zulieferern und Dienstleistern inklusive des Handels erarbeitet und nicht von den Fahrzeugherstellern.

Eine Kaufprämie für Verbrennungsmotoren, gekoppelt an den CO₂-Ausstoß ist klimaverbessernd und arbeitsplatzsichernd und somit in unserer Region von entscheidender Bedeutung.

Ein wichtiger Faktor ist auch die Finanzierung der Entwicklung der neuen Antriebstechnik, durch das Know-how der etablierten Technologie.



Thomas Ehbrecht:

Der „Niedersächsische Weg – Maßnahmenpaket für den Natur-, Arten- und Gewässerschutz“

Heute (25.05.2020) unterzeichnet unsere Niedersächsische Landwirtschaftsministerin, Frau Barbara Otte-Kinast, den „Niedersächsischen Weg“. Das ist ein Meilenstein für das Agrarland Niedersachsen der hier manifestiert wird, so auch der Abgeordnete Thomas Ehbrecht (CDU) aus dem Wahlkreis Duderstadt, der auch stellv. Mitglied im Agrarausschuss des Landes ist und im Arbeitskreis Landwirtschaft in die Gespräche einbezogen war.

Damit einigen sich erstmals Naturschutzverbände, Landwirtschaft und Politik auf konkrete gemeinsame Ziele für eine Verbesserung des Natur- und Artenschutzes.

Gemeinsam haben sich alle auf den Weg gemacht, um unser schönes Bundesland in seiner Vielfalt zu erhalten. Dafür kann man allen Beteiligten danken, so der Abgeordnete Thomas Ehbrecht der auch der Vorsitzende der Jägerschaft Duderstadt, die Jägerinnen und Jäger sind auch als anerkannte Naturschützer immer wieder mit den Verbänden im Dialog, denn nur gemeinsam können wir hier etwas bewegen und mit dem „Niedersächsischen Weg und dem enthaltenen Maßnahmenpaket für den Natur-, Arten- und Gewässerschutz“ erreichen.

Unsere Landwirte und Landwirtinnen sind die geborenen Partner für diese Vereinbarung. Sie leben seit Generationen von und mit der Natur, das mehr als andere, Sie haben das Wissen, die Flächen und ein großes eigenes Interesse am Natur- und Artenschutz. Mit dem „Niedersächsischen Weg“ gelingt es uns, die gesellschaftlichen Erwartungen an die Landwirtschaft aufzunehmen.

Wir erleben in der Landwirtschaft gerade einen tiefgreifenden Umwälzungsprozess: Die Produktionsmethoden verlieren an Akzeptanz in der Bevölkerung. Das betrifft die Nutztierhaltung aber auch den Ackerbau. Deshalb ist auch klar, dass es jetzt weitergehen muss. Wir wollen einen umfassenden Gesellschaftsvertrag zwischen Landwirtschaft und Gesellschaft damit erreichen. Dafür benötigen wir aber noch mehr gesellschaftliche Akteure, die eingeladen sind, sich zu beteiligen.

Präambel zum der „Niedersächsische Weg“

Der Natur-, Arten- und Gewässerschutz steht vor großen Herausforderungen. Durch verschiedene Einflüsse wie die Zerschneidung der Landschaft, die Intensivierung der Landnutzung oder auch anderweitig verursachte Veränderungen von Lebensräumen gehen die Biodiversität zurück. Studien belegen, dass in vielen Bereichen nicht nur die Anzahl der Arten, sondern auch deren Abundanz teilweise dramatisch abgenommen hat und weiter abnimmt. Auch die Qualität unserer Gewässer muss gesichert und bei Bedarf verbessert werden.

Durch den Eintrag von verschiedenen Stoffen in unsere Gewässer, bauliche Veränderungen, die die Durchgängigkeit beeinträchtigen, oder die Begradigung von Gewässern gehen schützenswerte Lebensräume verloren und werden schützenswerte Arten bedroht.

Es besteht dringender Handlungsbedarf, um diesen Herausforderungen zu begegnen. Dies kann nur gemeinsam geschehen. Landwirte sind wichtige Partner im Naturschutz. Sie prägen und erhalten durch ihre Arbeit schützenswerte Kulturlandschaften. Diese Gebiete müssen im Rahmen des Schutzzwecks adäquat bewirtschaftet werden können. Das Schaffen eines Gleichgewichtes zwischen Ökologie und Ökonomie ist unabdingbar, um die Natur in ihrer Vielfalt und Funktionsfähigkeit auch für die nachfolgenden Generationen erhalten zu können.

Niedersachsen trägt durch seine Lage zwischen der Nordsee und dem Mittelgebirge sowie dem maritimen und dem kontinentalen Einfluss eine besondere Verantwortung für den Erhalt der vielfältigen Natur Deutschlands. Daher verpflichtet sich die Landesregierung, gemeinsam mit Akteuren der Landwirtschaft und des Naturschutzes folgende Maßnahmen für mehr Natur- und Artenschutz konsequent umzusetzen. Die Landesregierung wird – auch unter Berücksichtigung von Entwicklungen im Markt sowie auf EU- und Bundesebene – einen geeigneten und fairen Ausgleich wirtschaftlicher Nachteile, die z.B. den Landwirten oder den Niedersächsischen Landesforsten entstehen, sicherstellen.



Christoph Plett: Ein Tag im Zeichen des Wasserstoffs

Wasserstoff wird bei unserer Energieversorgung in Zukunft eine große Rolle spielen, soviel steht fest.



Zu Beginn des Tages waren der niedersächsische Wissenschaftsminister Björn Thümler, der Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages, Frank Oesterhelweg sowie die HIBS-Abgeordneten Veronika Koch, Thomas Ehbrecht und Christoph Plett zu einem Besuch beim Wasserstoffcampus auf dem Gelände der Firma Bosch in Salzgitter. Hier soll unter Zusammenarbeit von Wissenschaft und Unternehmen geforscht und entwickelt werden, um Kompetenzen aufzubauen in einigen Jahren auch marktreife Lösungen anbieten zu können - ein sehr spannendes Projekt.

Anschließend ging es in Mehrum um die Zukunft des Kraftwerkstandortes. Vor dem Hintergrund des Kohleausstieges wird das Kohlekraftwerk nicht mehr lange am Netz sein. Aber: Die geographische Lage, die Anbindung an das Stromnetz, ein großes Gelände, Knowhow im Energiesektor - die Expertenrunde war sich einig, dass Mehrum beste Bedingungen für ein großes Wasserstoffzentrum bietet.

Es kann sich wirklich etwas entwickeln. Aus einer Zusammenarbeit zwischen dem Wasserstoffcampus in Salzgitter und einem

möglichen, großen Wasserstoffzentrum in Mehrum könnten beide Seiten nur profitieren und unsere Region zu einem echten Vorreiter bei der Wasserstofftechnologie machen.



Thomas Ehbrecht: Wolf gehört ins Jagdrecht - Aufnahme bei der anstehenden Novelle in 2021 bei der CDU Landtagsfraktion in Hannover beschlossen

Nach den Ereignissen um die Wolfsrisse in Niedersachsen in den letzten Tagen ist nochmals Bewegung in die Thematik Wolf gekommen. Die CDU Landtagsfraktion hat heute in Ihrer Sitzung beschlossen, den Wolf bei der anstehenden Novelle des Jagdrechts im Jahre 2021 in diese zu überführen.

Wir wollen endlich Klarheit schaffen. Der Wolf gehört ins Jagdrecht und die Diskussion, ob und warum muss beendet werden, so der Landtagsabgeordnete Thomas Ehbrecht (CDU). Die Nutztierhalter, wie zuletzt unsere niedersächsischen Pferdebesitzer, haben für das Hin und Her in der öffentlichen Diskussion kein Verständnis mehr, so werde ich als Jägerschaftsfunktionär und Landtagsabgeordneter mich doppelt der Verantwortung mit stellen wollen, begegnet Thomas Ehbrecht aus Oberfeld.

Aber mit der Aufnahme in das Jagdrecht ist nur ein weiterer Schritt geschaffen, das bedeutet noch nicht die Freigabe zur Entnahme von Problemwölfen. Mit der Aufnahme in das Jagdrecht wollen wir die Voraussetzungen schaffen, dass Wölfe, die auffällig sind, zügig entnommen werden können. Dazu muss sich allerdings die Bundesumweltministerin Schulze endlich bewegen und dafür sorgen, dass der günstige Erhaltungszustand der Wolfspopulation, der längst erreicht ist, offiziell anerkannt wird, so das Mitglied der CDU-Landtagsfraktion Thomas Ehbrecht heute Mittag aus Hannover. Mittelfristig fordere die CDU-Landtagsfraktion daher eine Obergrenze für die Wolfspopulation, wie sie zum Beispiel in Frankreich existiere.

Erst vor wenigen Tagen hatten wir auf die Wolfssituation Bezug genommen - aber es muss nun endlich gehandelt werden - tun wir dieses nicht - haben wir einen großen Fehler begangen, denn nicht nur Nutztiere könnten auf der Speisekarte des Wolfes stehen die Situation Wolf und Mensch ist bei der steigenden Population nicht mehr ausgeschlossen, so Ehbrecht.

Thomas Ehbrecht besorgt um den steigenden Faktor „Wolf“



„Was wir jetzt brauchen ist kein Aktionsplan oder einen Arbeitskreis, wir brauchen schlicht die richtigen Rahmenbedingungen, um den Wolf vernünftig zu managen und

diese Schäden in Zukunft abzuwenden“, so Ehbrecht.

Im Frühsommer 2020 gibt es bereits über 1.800 Wölfe in Deutschland, mindestens 230 leben davon in Niedersachsen zurzeit

Mit etwa 30 bis 35 Prozent Zuwachs jährlich breitet sich der Wolf in Deutschland aus, so besagen es die statistischen Werte zum Wolfsmanagement in Niedersachsen, dieses Zahlenwerk bestätigt auch der Abgeordnete im Niedersächsischen Landtag und Vorsitzende der Jägerschaft Duderstadt, Thomas Ehbrecht (CDU) aus dem Eichsfeld.

Am 05.05.2020 hat das Bundesamt für Naturschutz (BfN) die Studie zur „Abschätzung der potentiellen Anzahl von Wolfsterritorien in Deutschland“ vorgestellt. Demnach gibt es etwa 700 bis 1400 mögliche Wolfsterritorien in Deutschland. Die Wissenschaftler bestätigen, dass der Wolf keine besonderen Lebensräume benötigt und in der Kulturlandschaft gut zurechtkommt. Der Deutsche Jagdverband (DJV) warnt davor, diese Modellrechnung politisch zu missbrauchen. Wie viele Wölfe in Deutschland leben können, ist weniger eine biologische als eine gesellschaftspolitische Frage. Sinnvoll wäre eine ergänzende sozioökonomische Studie, um den Akzeptanzbestand für den Wolf zu ermitteln. "Es ist schwer nachvollziehbar, dass sich eines der am dichtesten besiedelten Industrieländer die weltweit größte Wolfsdichte leistet", bestätigt ebenfalls der Präsident der Landesjägerschaft Niedersachsen (LJV) und ebenfalls Landtagsabgeordneter, Helmut Dammann-Tamke, aus Stade.

Mit den Schäden nimmt in betroffenen Gebieten auch die Ablehnung gegenüber

dem Wolf zu. 2016 gab es erstmalig über 1.000 gemeldete tote und verletzte Nutztiere, darunter Schafe, Ziegen aber auch Pferde und Rinder. 2018 waren es bereits 2.067 Fälle, eine Steigerung von 35 Prozent gegenüber 2017. Mit etwa 30 bis 35 Prozent Zuwachs jährlich breitet sich auch der Wolf in Deutschland rasant aus. Nach LJV-Hochrechnung auf Basis der offiziellen BfN-Zahlen werden im Frühsommer 2020 bereits rund 1.800 Wölfe in Deutschland leben und rund 230 davon in Niedersachsen. Die Ausbreitung der Wolfsterritorien und der damit verbundenen Wolfsbestände wird sich – wenn nicht ein Eingriff in die Bestände erfolgen wird – dramatisch fortsetzen, so Thomas Ehbrecht, der die Aufnahme des Wolfes in das Jagdrecht schon seit Jahren fordert. „Wir kommen Schritt für Schritt voran, leider nur immer dann, wenn es wiederholt zu Nutztierrißen kommt und die Zahlen bestätigen es immer wieder“, so Thomas Ehbrecht und bestätigt nochmals, wir akzeptieren den Wolf in gewissen Regionen, aber auch nur so viel Wolfsrudel, wie wir davon vertragen können und ich glaube - die Zahl des noch erträglichen - haben wir bereits erreicht.

Nach Auffassung des Deutschen Jagdverband (DJV) ist der Erhaltungszustand des Wolfes in Europa bereits günstig – die baltisch-osteuropäische Population umfasst rund 8.000 Tiere.

Gemeinsam mit anderen Landnutzern unter dem Dach des Aktionsbündnisses Forum Natur (AFN) hat der DJV den umfassenden Handlungsvorschlag „Wildtiermanagement Wolf“ erarbeitet: Vorgesehen sind Schutz- und Managementzonen ebenso wie

Wolfsausschlussareale. Territoriale Wölfe sollten sich beispielsweise nicht ansiedeln entlang von Deichen, im urbanen Bereich oder in alpinen Regionen. Dort ist das Konfliktpotenzial zu hoch und ein Schutz von Nutztieren schier unmöglich, so der Jagdfunktionär Thomas Ehbrecht.

Es geht in Niedersachsen um den weltweiten Ruf als Pferdeland, um die Pflege der schützenswerten Kulturlandschaft und darum, ein Nebeneinander von Menschen, Weidetieren und Wölfen so umzusetzen, dass jeder zu seinem Recht kommen kann.

Das Argument, man wolle den Wolf wieder ausrotten lasse ich nicht gelten. Fuchs und Wildschwein sind auch im Jagdrecht und in einem sehr guten Erhaltungszustand. Es gehe uns darum, auch die Jägerschaft, als anerkannten Naturschutzverband, der für „Jagd und Hege“ steht, für diese anspruchsvolle Aufgabe zu gewinnen. Wir brauchen unsere erfahrenen heimischen Jägerinnen und Jäger für ein erfolgreiches Wolfsmanagement, die erfolglose Bejagung des Rodewalder Rüden hat das zuletzt deutlich gezeigt. Ebenso, wie spätestens nach dem Riss der Hannoveraner Pferde vor zwei Wochen, sollte jedem klar sein sollte, dass das „wolfssichere Zäunen“ eine Utopie ist, so Thomas Ehbrecht abschließend.

Bei Fragen wenden Sie sich gerne an die Abgeordneten:

Thomas Ehbrecht MdL Mobil: 0175 –9413100 E-Mail: info@thomas-ehbrecht.de	Christoph Plett MdL Tel: 05171 – 7902225 E-Mail: info@c-plett.de
Laura Hopmann MdL Tel: 05121 – 8736565 E-Mail: mail@laura-hopmann.de	Oliver Schatta MdL Tel: 0531 – 31704678 E-Mail: buero@oliver-schatta.de
Veronika Koch MdL Mobil: 0176 – 43006559 E-Mail: info@veronikakoch.de / veronika.koch2@t-online.de	Uwe Schünemann MdL Mobil: 0162 – 9428366 E-Mail: buero@uwe-schuenemann.de / uwe.schuenemann@lt.niedersachsen.de
Frank Oesterhelweg MdL Tel: 05331 – 298296 Mobil: 0170 – 5625942 E-Mail: info@frank-oesterhelweg.de	

Impressum:

HiBs-Team im Niedersächsischen Landtag
Wissenschaftliche Mitarbeiterin Svenja-L Zimmermann
Svenja-L.meyer@web.de
Sabine König
sabine.koenig@lt.niedersachsen.de
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover
Tel.: 0511 3030 2064

Die Abgeordneten des HiBs-Teams:

Thomas Ehbrecht
Laura Hopmann
Veronika Koch
Frank Oesterhelweg
Christoph Plett
Oliver Schatta
Uwe Schünemann